

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 3

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der plötzliche Hinschied von Ernst Nobs am 13. März hat in den Reihen der schweizerischen Arbeiterschaft Bestürzung und Trauer ausgelöst. Glaubte man ihn doch bei bester Gesundheit und freute man sich über seine wiedergewonnene Aktivität, die er nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat in den Reihen der Partei entfaltete. Nun hat der Tod überraschend in dieses tätige Leben eingegriffen. Für ihn der milde Ausklang eines erfüllten Daseins, für seine Hinterbliebenen und Freunde ein in seiner Unerwartetheit schmerzliches Ende.

Mit Ernst Nobs, der viele Jahre auch die Redaktion der «Roten Revue» zusammen mit seinem Kollegen Friedrich Heeb geleitet hat und der deshalb auch an dieser Stelle, wo er selber so oft das Wort ergriff, eine Würdigung verdient, ist einer aus jener Generation von Arbeiterführern ins Grab gesunken, die in den kampfreichsten Jahren der Schweizerischen Sozialdemokratie ihren Stempel aufgedrückt hat. Es sind nicht mehr viele von seinen ältesten Kampfgefährten da. Soweit sie ihm nicht im Tode vorangegangen sind, haben sie sich nach einem unerhört arbeitsreichen Leben in die Altersruhe zurückgezogen und verfolgen, wenn auch noch mit regster Anteilnahme, so doch mehr aus der Entfernung die Arbeit ihrer Nachfahren.

Die Zeiten haben sich seit dem Ersten Weltkrieg gründlich geändert. In den bürgerlichen Nachrufen auf Ernst Nobs hat man auf die Wandlung des Generalstreiklers zum Bundesrat hingewiesen. Aber diese Wandlung vollzog sich ja nicht einseitig; in nicht geringerem Maße trat sie auch in der Politik des schweizerischen Bürgertums in Erscheinung. Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welcher Ignoranz der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien in den Kriegsjahren von 1914 bis 1918 den durch Krieg und Mobilisation hervorgerufenen sozialen und wirtschaftlichen Nöten gegenüber standen, mit welcher Rücksichtslosigkeit alles, was von links kam, von bürgerlichen Politikern und Wirtschaftsführern bekämpft wurde, und wenn man damit die Verhältnisse und die innenpolitische Atmosphäre des Zweiten Weltkrieges vergleicht, so ermißt man aus diesem Gegensatz, wie sehr die Lage seit 1918 eine andere geworden war. Daran hatte jene Generation führender Sozialdemokraten ein wesentliches Verdienst, der Ernst Nobs angehörte. Ohne ihren entschiedenen Kampf gegen den reaktionären Teil des Bürgertums, ohne ihren unermüdlichen Einsatz für die politischen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft wäre die neue Ära in der schweizerischen Politik nicht möglich gewesen. Sie hatten den Weg geebnet für die Proporzwahl des Nationalrates, für den Achtstundentag, für die eidgenössische Alters- und Hinterbliebenen-

versicherung, für eine fortschrittliche Arbeitsverfassung, und sie fanden dafür anerkennenswerterweise auch im bürgerlichen Lager wachsendes Verständnis. Faschismus und Hitlerismus taten dazu noch ein übriges, um weiterum die Einsicht zu fördern, daß über alle Parteigegensätze hinweg die schweizerische Demokratie ein Gut sei, wert, es in gemeinsamer Anstrengung durch die Arglist der Zeit zu retten. Ernst Nobs wurde in den Bundesrat geholt, Robert Grimm verwaltete mit Umsicht und Energie das Amt eines «Brennstoffministers», Robert Bratschi trug als «Eisenbahnergeneral» und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Wesentliches bei zur erfolgreichen Durchführung der wirtschaftlichen Mobilisation, Konrad Ilg war einer der Schöpfer des Arbeitsfriedens in der Metallindustrie, und Emil Klöti leitete mit überragendem Geschick die größte Stadt des Landes. So war die Arbeiterschaft in den letzten dreißig Jahren zum gleichberechtigten Partner der übrigen Stände aufgestiegen, und ihre Vertreter leisteten in den kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Behörden maßgebende Arbeit.

Dieser Aufstieg widerspiegelte sich auch in der politischen Laufbahn von Ernst Nobs. Er war nie ein Doktrinär. Sein Sozialismus war von schweizerischer Eigenständigkeit, ohne ins Kleinbürgerliche abzusinken oder an den Grenzpfählen halt zu machen. Seiner bäuerlichen Herkunft verdankt er die gesunde, reale Urteilskraft, die sich in ihm mit der Treue zu hohen Menschheitsideen verband. Aus ihm strahlte menschliche Wärme, mochte man mit ihm als Parteigenosse, als Politiker, als Freund der Künste oder als Amtsperson zu tun haben, und die Zuversicht und Lebensfreude dieses immer Tätigen waren ansteckend und weckten die Lust, mit ihm zusammen die Probleme anzupacken.

Aus dem kämpferischen Chefredaktor und Parteipolitiker, der ob aller Tagespolitik es verstand, sein Wissen zu vertiefen und sich zum inneren Ausgleich eine persönliche, künstlerische Sphäre zu bewahren, wurde ein mit unseren Verhältnissen gründlich vertrauter Regierungs- und Verwaltungsmann, der sich nicht im Kleinkram verlor, sondern stets die großen Zusammenhänge im Auge behielt. Er besaß eine heimliche Liebe zum Bauerntum, vor allem zu den geplagten Klein- und Bergbauern. Aber nicht weniger beschäftigten ihn die Fragen der Gemeinwirtschaft, des Genossenschaftswesens, der kommunalen und anderen öffentlichen Unternehmungen. Ernst Nobs war deshalb ein guter Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich gewesen und er wäre auch ein trefflicher eidgenössischer Volkswirtschaftsminister geworden. Noch lieber hätten wir ihn allerdings auf dem Departement des Innern gesehen, wo seine großen kulturellen Interessen und Sachkenntnisse das schönste Wirkungsfeld gefunden hätten. Aber es verschlug ihn leider ins Finanz- und Zolldepartement, wo ihm als einzigem Minderheitsvertreter die Möglichkeiten der Entfaltung zum vornherein außerordentlich beschränkt blieben. Nichtsdestoweniger erfüllte er unverdrossen und mit großer Hingabe

die ihm übertragenen Pflichten, und auf dem von ihm gelegten Grund konnten seine Nachfolger die langwierige und von allen Seiten angefochtene Arbeit der Bundesfinanzreform fortsetzen.

Als erster Sozialdemokrat im Bundesrat geht Ernst Nobs in die Geschichte unseres Landes ein. Auch darin zeigt sich die Wandlung der Partei; denn ihr gegenwärtiges Fernbleiben von der Landesregierung kann nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Nicht daß sie ihre Ideen, Grundsätze und Forderungen aufgegeben hätte, davon kann keine Rede sein. Aber sie ist bereit, als größte Partei des Landes vor dem Volke die Mitverantwortung an der Leitung der Landesgeschicke zu übernehmen und dafür sich einzusetzen, daß in unserem Lande die soziale Demokratie immer mehr Wirklichkeit wird. Bei diesem Werk der «Helvetischen Erneuerung» wird sie sich von der Zuversicht ihres verstorbenen Freundes Ernst Nobs leiten lassen, der überzeugt war, daß eines Tages wieder ein neuer Enthusiasmus für die Angelegenheiten des Staates unser Volk erfassen und es zur freudigen Hingabe an seine Zeit begeistern werde: «Eine gefühlsmäßige und willensmäßige Erhebung des ganzen Volkes, wie sie jedem Umbruch eigentümlich ist, wird sich gut demokratisch, aber unaufhaltsam durchsetzen und die neue Schweiz verwirklichen.» P. S.

Außenpolitik

Der *Suezkonflikt* ist durch den Rückzug der Streitkräfte Israels aus den Gebieten von Gaza und Akaba nicht beigelegt worden. Unter dem Druck der Generalversammlung der Vereinten Nationen hat die Regierung Ben Gurion das ägyptische Territorium bedingungslos von den israelischen Truppen evakuiert, worauf die Polizeitruppen der UNO die freigewordenen Gebiete besetzten. Der ägyptische Diktator Nasser hat jedoch sofort die ägyptische Verwaltung in diesen Gebieten wieder eingesetzt. Hatte schon der bedingungslose Rückzug der israelischen Truppen eine tiefe Vertrauenskrise in Israel verursacht, so entstand nach der Wiederherstellung der ägyptischen Verwaltung im Gazastreifen und nach den neuen Drohungen Nassers und seiner Presse eine gewaltige Empörung im Volke Israels.

Aus seinem militärischen Sieg kann Israel nicht den geringsten Vorteil für seine künftige Sicherheit ziehen. Sein bedingungsloser Rückzug hat die Wiedereröffnung des Suezkanals für alle Schiffe, die ihre Transitgebühren an die ägyptische Verwaltung bezahlen, ermöglicht; die Pipelines sind repariert worden, Westeuropa kann das sehr begehrte Öl aus dem Nahen Osten wieder erhalten. Israel aber bleibt von dieser Wiederherstellung des Friedenszustandes ausgeschlossen; begreiflich, daß die Bevölkerung verärgert ist. Die Lage an den Grenzen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ist

erneut sehr gespannt. Auf beiden Seiten wurden die nationalistischen und chauvinistischen Leidenschaften durch gegenseitige Drohungen und Massendemonstrationen aufgepeitscht. An dieser Verschärfung der Lage tragen die Vereinten Nationen eine sehr große Verantwortung, denn sie haben die Beseitigung der Ursachen des Konflikts viel zuwenig an die Hand genommen. Die Voraussetzungen für einen dauernden Friedenszustand zwischen Israel und den arabischen Staaten müssen unverzüglich geschaffen werden, sonst werden Verzweiflungsaktionen den Weltfrieden in diesem sehr empfindlichen Gebiet erneut gefährden.

Die Schaffung eines Friedenszustandes würde auch die freie Durchfahrt der Schiffe Israels durch den Suezkanal und durch den Golf von Akaba ermöglichen. Die ägyptische Regierung könnte nicht mehr den Kriegszustand als Vorwand benützen, um die Blockade gegen Israel aufrechtzuerhalten. Hoffen wir, die Kairo-Reise Hammarskjölds, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, werde zur Lösung der dringenden Probleme des Friedens beitragen. —

Die Befreiungsbewegung der Kolonialvölker macht neue Fortschritte. Die alte Negerkolonie Großbritanniens in Afrika, die Goldküste, hat am 6. März unter großen Feiern ihre Unabhängigkeit proklamiert. Der neue freie Negerstaat führt von nun an den Namen *Ghana*. Es ist dies die erste Negerkolonie Afrikas, die ohne Gewaltanwendung, mit demokratischen und friedlichen Mitteln, ihre Freiheit erkämpft hat. Ghana bleibt Mitglied des britischen Commonwealth und verzichtet auf Rassenhaß gegen die Weißen. Es ist sogar die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß unter der autonomen Negerverwaltung der letzten Jahre die weiße Bevölkerung sich verdoppelt hat. Die Weißen sind gleichberechtigt, besitzen aber keine Vorrechte und Privilegien mehr. Wenn sie ihr Wissen und Können in den Dienst der neuen nationalen Gemeinschaft stellen, sind sie willkommen.

Die Befreiung Ghanas ist das Werk von Nkrumah, einem großen nationalen Negerführer, der als Schüler der protestantischen Missionen an den Hochschulen und Universitäten Amerikas und Englands studierte und bald als Führer der nationalen Befreiungsbewegung von seinem Volke anerkannt wurde. Es war die britische Labourregierung, die seinerzeit die Entwicklung der Kolonie zum unabhängigen Staat einleitete. Sie ließ im Lande freie Wahlen zu, die eine erdrückende Mehrheit für die «Konventionspartei des Volkes», die Partei Nkrumahs, ergaben. Der britische Generalgouverneur befreite daraufhin Nkrumah, der sich wegen seiner nationalistischen Propaganda in Haft befand, um ihn zum Chef der autonomen Negerregierung zu machen. Nach fünf Jahren Selbstverwaltung unter der Kontrolle des britischen Gouverneurs fanden im vorigen Jahr Erneuerungswahlen statt, die eine glänzende Bestätigung der Regierung Nkrumah brachten. Die konservative britische Regierung führte die Pionierarbeit der Labourregierung bis zum Ende: Die Unabhän-

gigkeit Ghanas wurde von dem britischen Parlament anerkannt. Zwei Tage nach der Proklamierung der Unabhängigkeit Ghanas, nämlich am 8. März, wurde der neue Staat, als 81. Mitglied, einstimmig in die Vereinten Nationen aufgenommen.

Ghana ist wirtschaftlich und finanziell sehr gesund. Das Land ist der größte Kakaoproduzent der Welt und besitzt zahlreiche Rohstoffe. Seine Regierung hat großzügige Pläne, so den Bau eines großen Staudammes auf dem Volta-Fluß, um die Elektrizitätsproduktion gewaltig zu erweitern und die großen Bauxitvorkommen des Landes in Aluminium umzuwandeln.

Großbritannien beabsichtigt, im Laufe dieses Jahres noch Nigeria, Malaia mit Singapur sowie die Inseln des Karibischen Meeres aus dem Kolonialregime zu entlassen und ihnen den Dominionstatus zu verleihen.

Diese britische Politik, die leider auf Zypern und in Kenia nicht zur Anwendung kommt, steht in krassem Widerspruch zu der alten Kolonialpolitik der französischen Regierung, wie sie jetzt in Algerien durchgeführt wird. Nach der ruhmlosen Niederlage Frankreichs in Indochina sollten die Franzosen einsehen, daß Kolonialkriege und gewaltsame Repressionen der Freiheitsbewegungen zu Katastrophen führen müssen. —

Am 18. März versammelten sich im Lancaster-House in London die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und der Sowjetunion, *als Subkommission der Vereinten Nationen für die Abrüstung*, um erneut die verschiedenen Abrüstungspläne zu prüfen und zu diskutieren. Die Erste Kommission der Generalversammlung der Vereinten Nationen hat vom 14. bis 25. Januar die Abrüstungsfrage gründlich diskutiert und einhellig einer Resolution zugestimmt, die die Abrüstungskommission und ihr Subkomitee beauftragt, die verschiedenen Vorschläge, die während der letzten Jahre gemacht wurden, erneut zu prüfen. Die Kommission hat mit Genugtuung festgestellt, daß eine Annäherung der verschiedenen Pläne und Standpunkte stattgefunden hat. Die Subkommission soll bis spätestens 1. August der großen Abrüstungskommission ihren Bericht erstatten, und diese soll entscheiden, ob dann eine außerordentliche Generalversammlung der UNO oder eine besondere allgemeine Abrüstungskonferenz stattfinden soll.

Die Subkommission, die ihre Arbeit am 18. März begonnen hat, tritt in einer gespannten internationalen Lage zusammen. Die Ereignisse in Suez und die militärische Intervention der Sowjetunion gegen das ungarische Volk haben so viel neues Mißtrauen erweckt, daß die Arbeiten der Abrüstungskommission schwieriger geworden sind. Welche Rückwirkungen werden die Verhärtung der russischen Politik und die Rückkehr des früheren Stalin-Diplomaten Gromyko an die Spitze des russischen Außenministeriums auf die Verhandlungen haben? Man wird es bald erfahren!

Von dieser Subkommission muß auch eine dringende Frage behandelt werden, nämlich die verschiedenen Forderungen an die Vereinigten Staaten.

an die Sowjetunion und an Großbritannien, mit den Atomwaffenexplosionen Schluß zu machen. Die Wissenschaftler betrachten die Verseuchung der Luft durch radioaktiven Staub schon jetzt als so gefährlich für die Gesundheit und das Leben der Menschheit, daß sie Alarm schlagen. Können die drei Atomwaffenmächte sich wirklich nicht verständigen, solche gefährlichen Experimente zu unterlassen? Wie werden sie sich über die allgemeine Abrüstung verständigen können, wenn sie hier nicht den Anfang machen? JHD

Blick in die Zeitschriften

Die sozialökonomischen Auswirkungen der *Automation* und der *Atomtechnik* untersucht Prof. *Friedrich Pollock* in einem vorbildlich klar geschriebenen, die positiven und negativen Möglichkeiten gewissenhaft abwägenden Aufsatz, der im Februarheft der Zeitschrift *«Politische Studien»* (Isar-Verlag, München) und in etwas gekürzter Fassung im Februarheft von *«Universitas»* (Stuttgart, Birkenwaldstraße 44) erschienen ist. Wir zitieren einige besonders charakteristische Sätze: «Die zur Automation treibenden Kräfte sind unwiderstehlich. Das gilt zunächst für die produktionstechnischen Vorteile, von denen die drastischen Ersparnisse an Arbeitskräften am meisten ins Auge fallen, zu denen aber noch eine lange Reihe weiterer und mindestens ebenso wichtiger Faktoren gehört: ein nahezu fehlerloses und ausschußfreies Produkt, erheblich geringere Raumbedürfnisse, weitgehende Unabhängigkeit von Facharbeitern, größte Sparsamkeit beim Verbrauch von Rohstoffen und Betriebsmitteln, erhöhte Unfallsicherheit und — was für viele überraschend sein mag — eine Senkung des Investitionsbedarfs pro Einheit des Produktes, vorausgesetzt, daß die Anlage voll ausgenutzt werden kann.» Pollock verweist dann darauf, daß «von Monat zu Monat neue und bisher unerwartete Anwendungsgebiete» der Automation bekannt würden; die Sachverständigen seien heute übereinstimmend der Ansicht, «daß es keine von Menschen verrichtete repetitive Arbeit gibt, die nicht automatisch besser und billiger ausgeführt werden kann».

Nach diesen Bemerkungen über die gewaltige Bedeutung der Automation gibt Prof. Pollock einen Überblick über ihre sozialökonomischen Auswirkungen, «welche uns dazu berechtigen, von einer *zweiten industriellen Revolution* zu sprechen, die, sich selbst überlassen, schwere gesellschaftliche *Gefahren* in sich birgt». Hier stellt Pollock, im Gegensatz zu manchen optimistischen Enthousiasten, ganz mit Recht fest, daß die Automation nicht automatisch die Stabilität der Wirtschaft festige, sondern sie im Gegenteil krisenempfindlicher mache, «sofern die Ausbreitung der Automation keiner anderen Regelung unterworfen wird als dem unmittelbaren Selbstinteresse der direkt daran Beteiligten». Mit Nachdruck wendet sich Pollock gegen die leichtfertige Behauptung, die Automation könne keine Massenarbeitslosigkeit auslösen; er beweist vielmehr, daß eine solche technologische *Arbeitslosigkeit großen Umfangs* kaum abzuwenden sein werde, «es sei denn, daß außerordentlich weitgehende und sorgfältig geplante Eingriffe in den Wirtschaftsprozess rechtzeitig vorgenommen werden», mit anderen Worten: «Die heute so oft gestellte Frage, ob die Automation ein Segen oder ein Fluch sein wird, beantworte ich dahin, daß weder das eine noch das andere Ergebnis schicksalhaft bestimmt ist; die Entscheidung darüber, wozu sie sich entwickeln wird, liegt beim *Willen der Menschen*.»